

# Leipziger Volkszeitung

## Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

**Abonnementspreis** für einen Monat einschließlich Beleglohn 6.— Mt., bei Selbstabholung 5.50 Mt. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— Mt., für einen Monat 6.— Mt. — Preis der Einzelnummer 30 Pf. — Telefon für Kontor und Expedition: 2721 und 4506. — **Postfachkonto Nr. 53477**

**Redaktion:** Leipzig, Tauchaer Str. 10/21  
**Telegramm-Adresse:** Volkszeitung Leipzig  
**Telefon** 13603. — **Verlag in Leipzig,** Tauchaer Straße 10/21 — **Telefon** 4506

**Insertenpreise:** Die 7 gespaltene Kolonelle ober deren Raum 1.00 Mt., bei Platzvorschrift 2.30 Mt.; Familienanzeigen, die 7 gespaltene Zeile 1.70 Mt. **Reklame-Kolonelle** 7.50 Mt. — **Telephon** für die Inseraten-Abteilung 2721 **Schluss der Inseraten-Annahme** für die fällige Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

### Das Schicksal Oberschlesiens.

Die Wirkungen, die der neueste französische Schatzung zeitigen wird, lassen sich noch nicht übersehen. Die Reichsregierung hat, abgesehen von den vorläufigen Bemerkungen Rosens, auf die französische Note noch keine Antwort erteilt, sondern will erst die in der Note vorgebrachten Zwischenfälle untersuchen. Die alliierten Regierungen haben ebenfalls vom französischen Schritt offiziell noch keine Stellung genommen. Doch ist es zweifellos, daß die englische Regierung über die neue Verschleppung der Entscheidung sehr ungehalten sein wird, nachdem sie ausdrücklich erklärt hatte, daß ihrer Ansicht nach die Berufung von Sachverständigenkommissionen keinen verzögernden Einfluß auf die Entscheidung haben dürfe. Die italienische Regierung scheint sich hingegen in ihrer Außenpolitik wie zur Zeit Storzias noch immer im Schlepptau der französischen zu befinden, wenn die folgende Nachricht zutrifft:

Rom, 18. Juli. (D.N.) Wie offiziös verlautet, hat sich auch die italienische Regierung im Sinne einer Vertagung der Konferenz des Obersten Rates ausgesprochen. Das neue Kabinett, und namentlich sein Außenminister Marquis della Terza, ist dabei von der Erwägung ausgegangen, daß es unbedingt erforderlich sei, über das obereschlesische Problem erst eigene Erhebungen vorzunehmen, bevor man auf der Tagung des Obersten Rates sich auf eine endgültige Entscheidung festlege.

Demgegenüber ist unser Berliner Berichterstatter dahin informiert, daß auch Italien sich dem französischen Schritt nicht anschließen werde. Wie erhielten aus Berlin unterm 18. Juli folgende Drahtmeldung:

Berlin, 18. Juli. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Wie unser Berliner Korrespondent erzählt, werden der englische und der italienische Botschafter den Schritt des französischen Botschafters in der obereschlesischen Note nicht unterstützen. Frankreich wird also mit seiner Auffassung über die Lage in Oberschlesien diesmal allein bleiben. Man geht auf englischer Seite von der Erwägung aus, daß ohne Zweifel der deutsche Selbstschutz in Oberschlesien noch immer eine große Gefahr für die Ruhe in Oberschlesien darstellt. Man verschließt sich aber andererseits nicht der Erkenntnis, daß auch die polnische Insurgenten immer noch in sehr geschlossenen Verbänden sich vorfinden und die Ruhe Oberschlesiens bedrohen.

### Wird Le Rond gehen?

Berlin, 19. Juli. Wie das Tageblatt meldet, gebekt General Le Rond sich in den nächsten Tagen auf einen Sommerurlaub zu begeben. Nach den Informationen des Blattes, soll dem General in dieser Form ein annehmbarer Abgang gesichert werden.

### Korfanty in Paris.

Heutchen, 18. Juli. Der ehemalige Viebzugskommissar und spätere Führer des polnischen Aufstandes Korfanty ist gestern nach Paris abgereist, um an den Boulogner Verhandlungen teilzunehmen.

Paris, 19. Juli. (L.V.) Korfanty ist am Montag in Paris eingetroffen.

### Zurückhaltung von Eisenbahnmateriale durch die Polen.

Kattowitz, 18. Juli. (L.V.) Die von der Eisenbahndirektion unternommenen Schritte, die von den Insurgenten geraubten Lokomotiven und Eisenbahnwagen zurückzuerhalten, sind bisher erfolglos gewesen. Biele Güterwagen insgesamt geraubt wurden, steht noch nicht fest. Von dem Lokomotivbestand fehlen 35, während 87 schwer beschädigt worden sind, so daß sie vorläufig nicht verwendet werden können.

### Die Brotpreiserhöhung vor der Tür! Unliche Verdünnungsspielen.

Zu den Meldungen über die kommende Brotpreiserhöhung wird vom Reichsernährungsministerium mitgeteilt: Es ist zu treffend, daß vom 16. August ab neben dem rationierten, auf Brotmarken abgegebenen Brot auch markenfrees Brot von der Bonitätsstufe bezogen werden kann. Es ist weiter zutreffend, daß das rationierte Brot eine Preiserhöhung erfahren wird, weil das Reich bei seiner finanziellen Notlage nicht weiter in der Lage ist die bisher zur Niedrighaltung der Brotpreise verwandten Reichsmittel in gleicher Höhe zur Verfügung zu stellen. Die Erhöhung des Brotpreises für das Markenbrot wird etwa 40 Prozent des derzeitigen Preises betragen, das bedeutet einen Verkaufspreis für das 1000 Gramm schwere Brot von etwa 7 Mt. Die Schätzungen über den künftigen Preis des aus freiem Mehl hergestellten Brotes entbehren jeder sicheren Grundlage. Es ist aber kein Anlaß zu der Annahme, daß dieses Brot 13 oder gar 14 Mt. kosten wird. Selbst wenn es aus Auslandsmehl hergestellt würde, so könnte es bei dem heutigen Weltmarktpreise für Getreide und dem derzeitigen Weltaustand der Mark für einen geringeren Preis als 12 Mt. abgegeben werden. Die Kosten des freien Inlandsgetreides aus dem in erster Linie beträchtliches markenfrees Brot hergestellt werden dürfte, werden voraussichtlich noch niedriger als für Auslandsgetreide sein. Es darf schon mit Rücksicht auf die vom 16. August ab einsetzende freie Konkurrenz erwartet werden, daß der Preis für das markenfrees Brot nicht ungebührlich gesteigert werden wird. Es ist im übrigen von der Reichsgetreidestelle nicht beabsichtigt, Preise für freies Mehl oder daraus erhandeltes Brot festzusetzen. Es würde sich hierfür auch die gesetzliche Zuständigkeit fehlen.

Berlin, 19. Juli. (L.V.) Halbamtlich wird über die Brotversteigerung u. a. berichtet: Trotz der großen Bedenken wegen der finanziellen Auswirkungen hat die Reichsregierung sich ent-

schlossen, den Brotpreis nur um vierzig Prozent zu erhöhen. Auch das bedeutet noch, daß allein vom 16. August dieses Jahres bis zum 31. März 1922 Verbiligungssubjekte des Reichs in Höhe von über 3 1/2 Milliarden bis 4 Milliarden Mark zu leisten sind. Zu der in der Presse geäußerten Befürchtung, daß das rationierte Brot dem Volke in schlechter Beschaffenheit geliefert werden wird, liegt kein Anlaß vor, zumal im neuen Wirtschaftsjahre die Brotstreckung fortfällt und reines Brotgetreide verwendet werden muß. Trotz allem Hin- und Hergeredes bleibt es also dabei, daß das Brot ab Mitte August um 40 Prozent verteuert wird, weil die bürgerliche Einheitsfront im Reichstag die Interessen des Volkes um der Profitinteressen der Agrarier willen verraten und ihnen Milliarden und aber Milliarden zugeschanzt hat. Auch den Optimismus des Herrn Hermes, daß das markenfrees Brot „nur“ 12 Mt kosten wird, können wir nicht teilen, da die Weltmarktpreise auch nach der Getreidepreiserhöhung noch etwa doppelt so hoch wie die Ablieferungspreise sein werden.

Es gibt für die Arbeiterschaft nur eine Antwort auf die Brotpreiserhöhung: Erhöhung der Löhne. Und es scheint, daß dieser Weg tatsächlich bereits in Angriff genommen wird. So meldet unser Berliner Berichterstatter:

Berlin, 18. Juli. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Die Dena verbreitete gestern Abend eine Nachricht, nach der sich die freien Gewerkschaften mit der Frage der Brotpreiserhöhung beschäftigt und den Beschluß gefaßt hätten, den Austritt der sozialistischen Kabinettmitglieder zu fordern, den Fall, daß das Kabinett der Brotpreiserhöhung seine Zustimmung erteilt. Unser Berliner Korrespondent erzählt, entspricht diese Darstellung nicht den Tatsachen. Es haben selbstverständlich innerhalb der Gewerkschaften Besprechungen über die Brotpreiserhöhung stattgefunden und man ist zu dem Resultat gekommen, daß bei einer Brotpreiserhöhung sich eine Erhöhung der tariflich festgelegten Löhne nicht wird vermeiden lassen. Von dieser Tatsache hat man auch dem Kabinett Mitteilung gemacht. Alle übrigen Vermutungen der Dena über, vor allen Dingen über eine angebliche Forderung mit der Forderung des Austritts der sozialistischen Minister ist falsch.

### Die kommunistischen Gewerkschaftszersplitterer.

Berlin, 19. Juli. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Die Note fahne veröffentlicht die Beschlüsse des ersten Kongresses der kommunistischen Gewerkschaftsinternationale. Danach sah die Kongress den Beschluß, Maßnahmen zu treffen, damit alle Gewerkschaften sich zu einer einheitlichen Organisation zusammenschließen, deren Leitung dem internationalen Zentralrat unterliegen soll. Zweitens wurde beschlossen, eine enge Verbindung mit der Dritten Internationale zu schaffen, diese Verbindung soll durch die Schaffung gegenseitiger Vertretungen in den Exekutivkomitees geschehen. Drittens wurde festgestellt, daß diese Verbindungen einen rein sachlichen Charakter zu tragen haben, der in einer gemeinsamen und gegenseitigen Vorbereitung und Durchführung der revolutionären Aktionen sowohl in nationaler als auch in internationaler Beziehung zum Ausdruck kommen soll. Viertens weist der Kongress auf die Notwendigkeit hin, die Gewerkschaften zu einem revolutionären Gange zusammenzuschließen und zwischen den einzelnen Gewerkschaften und den kommunistischen Parteien eine enge Verbindung zu schaffen.

Die kommunistischen Gewerkschaftszersplitterer haben auf diesem Kongress Angaben über die Stärke ihrer Anhängerzahl gemacht, die ihre bekannte Gemessenheit bei Zahlenangaben und Zersplitterung der Arbeiterschaft wieder einmal ins hellste Licht stellen. Die Zahl der Mitglieder der kommunistischen Gewerkschaften wurde rund auf 16,4 Millionen angegeben. Davon kämen 8 1/2 Millionen auf Rußland, 2 1/2 Millionen auf Deutschland, 3 Millionen auf Italien, je 1/2 Million auf Frankreich, England und Amerika, 800 000 auf Spanien, 600 000 auf Australien, 250 000 auf Polen, 50 000 auf Schweden.

Diese Zahlenangaben sind so lächerlich, daß sie die Urheber entweder als freche Schwindler oder als Gesellen entlarven, die aus Selbsttäuschungen nicht herauskommen. Wo sollen denn bloß die 2 1/2 Millionen deutscher Mitglieder herkommen? Etwa aus den Arbeiter-Unionen, die zu Moskau auch schon teilsche Haltung einnehmen? Sie bringen es alle zusammen noch nicht auf ein Fünftel der Summe. Und in Italien dürften die gesamten freien Gewerkschaften noch nicht 3 Millionen erreichen. • Danach beurteile man die andern Zahlen!

Einomjem hielt dabei eine seiner üblichen heftigen Reden gegen die Amsterdamer Internationale. Die Vernichtung dieser Internationale würde, so meint er, bedeuten, daß die Kommunisten neun Zehntel ihrer Schwierigkeiten überwunden hätten. Der Kampf gegen sie sei Rassenkampf. (1) Der Kongress beschloß einen im Geiste dieser Rede gehaltenen Aufruf an die Arbeiter aller Länder, worin es heißt: „Die Amsterdamer Internationale, die sich vor der Revolution fürchtete, stützt die Herrschaft der Bourgeoisie. Das Proletariat denkt anders als die Führer von Amsterdam.“ Der Aufruf schließt mit der Aufforderung zur Bildung einer Einheitsfront des Proletariats gegen die Amsterdamer Internationale.

### Das bedrohte Frankreich.

DA, Paris, 18. Juli. Bettl Parissen meldet, daß Millerand beim Empfang des amerikanischen Botschafters Herrick erklärte, eine Abweisung von Vande känge für Frankreich in den nächsten Jahren keinesfalls in Frage. Die Bedrohung durch Deutschland mache für die Zukunft die Aufrechterhaltung der gegenwärtigen Präsenzkräfte der französischen Armee unbedingt erforderlich.

### Der Anspruch der höheren Staatsbeamten auf Anteil an der Regierungsgewalt.

Als Antwort auf den „Offenen Brief“ des Ministerialrats Dr. Woelker versendet heute Genosse Lipinski durch die Nachrichtenstelle in der Staatskanzlei folgende Antwort an die Presse:

Die Ernennung des Reichstagsabgeordneten Ryffel zum Amtshauptmann von Leipzig durch das Gesamtministerium hat mir die lebhafteste Freude der bürgerlichen nationalistischen Presse eingebracht, und der Ministerialrat Dr. Woelker hat in der gesamten Presse am 18. Juli unter der Überschrift „Amtshauptmann Ryffel“ einen Offenen Brief an mich gerichtet.

Das nötigt mich, zur Sache Stellung zu nehmen. Trotz des Wortreichtums geht Woelker in seinem Artikel auf den Kern der Frage nicht ein, sondern schiebt ihn vorsichtig beiseite und verschleiert die Angelegenheit dadurch auf ein falsches Gleis. Deshalb bin ich genötigt, die Angelegenheit von einer andern Seite zu beleuchten.

Es handelt sich gar nicht, wie Woelker behauptet, um eine Politisierung der Beamten, denn politisch waren sie längst von der konservativen Regierung eingestellt, sondern um eine Kampfanfrage der höheren Staatsbeamten an die Regierung und die Festigung ihrer Macht. Die höheren Staatsbeamten fordern nicht mehr und nicht weniger als die Mitentscheidung bei der Besetzung von höheren Beamtenstellen und stützen sich hierbei auf ein angeblich gewerkschaftliches Prinzip. Dieser Anspruch ist seit Ausbruch der Revolution erhoben worden und hatnädig und beharrlich von den höheren Staatsbeamten verfolgt worden, in es ist sogar die Dienststellung höherer Ministerialbeamten benutzt worden, um durch Androhung der Demission dieser Forderung Nachdruck zu verleihen.

Die Ernennung und Entlassung von Beamten steht aber nach § 15 des vorläufigen Grundgesetzes und Artikel 31 der Verfassung für den Freistaat Sachen dem Gesamtministerium zu, ist also ein politisches Recht, das nur von der Regierung ausgeübt werden kann, das sie vor dem Landtage zu vertreten hat und mit keiner wirtschaftlichen Organisation teilen kann. Die zuständigen Minister haben das Vorschlagsrecht und haben nach der Geschäftsordnung des Gesamtministeriums das Recht, innerhalb ihrer Zuständigkeit, bis zum Range eines Oberregierungsrats, die Ernennung von Beamten selbständig vorzunehmen.

Wollte ein nach der Verfassung allein der Regierung zustehendes Recht nicht geteilt werden kann, deshalb wurde dieser Anspruch von mir und dem Gesamtministerium abgelehnt. Der Vorstoß gegen mich ist deshalb so heftig, weil ich auf den Abschluß eines Kompromisses in dieser Frage strikt abgelehnt habe.

Um diesen jähen Kampf richtig würdigen zu können, muß auf seinen Verlauf eingegangen werden. Er wurde akut, als die Kreis- hauptmannschaften Baugen und Leipzig besetzt werden sollten. Die Ministerialbeamten setzten es durch, daß das Gesamtministerium am 14. August 1910 die Entscheidung über die Besetzung der Kreis- hauptmannschaften aussetzte, um ein Rechtsgutachten darüber einzuholen, ob nach dem sächsischen Organisationsgesetz vom 21. April 1818 der Kreishauptmann Jurist sein müsse; ferner sollte eine Auskunft von Preußen eingeholt werden, wie dort die entscheidenden Behördenstellen besetzt worden sind.

Das Rechtsgutachten wurde von der Staatskanzlei erstattet. Es kam prompt zu dem Ergebnis, daß zwar ein Nichtjurist als Kreishauptmann möglich sei, daß aber „ein Kreishauptmann ohne juristische Vorbildung an den Entscheidungen des Verwaltungsgerichts (die Kreishauptmannschaft ist in Verwaltungsstreitigkeiten Spruchgericht zweiter Instanz) nicht teilnehmen könne“, und sich hierbei durch einen Juristen vertreten lassen müsse. Eine Auffassung, die mit dem Grundsatz der Verwendung des Laienelements in der Rechtsprechung, es sei erinnert an die Handelsgerichte, unverträglich ist.

Für Preußen wurde festgestellt, daß weder früher noch jetzt für die Oberregierungspräsidenten und für die Regierungspräsidenten die juristische Vorbildung unbedingt formale Voraussetzung gewesen sei. Auch die Landräte könnten unter Umständen Nichtjuristen sein. In Preußen seien deshalb auch alle Oberprüfendenstellen durch Sozialdemokraten, Demokraten und Zentrumsparteiler — der damaligen Koalitionsregierung — besetzt worden. Für die Regierungspräsidenten wollte man vornehmlich Juristen verwenden, doch seien in einzelnen Fällen, auf Drängen der Regierung, auch Nichtjuristen ernannt worden. Ueber die Kommunalisierung der Landräte bestände in Preußen allseitige Uebereinstimmung. Die Landräte sollen von den Kreisen gewählt werden. Der Staat soll nur ein Einspruchsrecht erhalten. Die juristische Bildung wird nicht gefordert, es werde aber zur Weiterbildung gemacht, daß der nichtjuristische Landrat einen Juristen als Stellvertreter haben muß.

Soweit die Gutachten. Der Vorstoß der höheren Staatsbeamten Sächsens gegen die Regierung wurde eingeleitet durch eine Eingabe der oberen Beamten der Kreishauptmannschaft Leipzig vom 6. Juni 1919 und eine Eingabe der Amtshauptleute an das Ministerium des Innern vom 28. Juli 1919, in der sie aus Be-